

**Österreichische Bundesbahnen**

Generaldirektion

2/SN-219/ME



An das  
Präsidium des  
Nationalrates

Karl Renner Ring 3  
1010 W i e n

B...	4	ZENTWURF
ZI		GE 9 86
Datum: - 5. MRZ. 1986		
Verteilt	7. MRZ. 1986	goh

*L. Hajek*

Ihr Zeichen	Ihre Nachr. v.	Unser Zeichen	Sachbearbeiter	Tel. (0222) 5650 Durchwahl	Datum
	Zl.: 11262-1-1986		Dr. Plhak	3290	3. März 1986

Betr.: Entwurf eines Arbeitsplatz-  
Sicherungsgesetzes (APSG);  
Stellungnahme der  
Österreichischen Bundesbahnen

In der Beilage werden 25 Ausfertigungen der ho.  
Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für  
soziale Verwaltung zugeleiteten Entwurf eines Arbeits-  
platz-Sicherungsgesetzes übermittelt.

25 Beilagen

Für die Österreichischen Bundesbahnen  
Der Personaldirektor:  
i.V. Dr. Piskaty eh.



Beglaubigt:

*Kuepke*

Kanzlei GS

# Österreichische Bundesbahnen

Generaldirektion



An das  
Bundesministerium für  
soziale Verwaltung

Stubenring 1  
1010 W i e n

Ihr Zeichen	Ihre Nachr. v.	Unser Zeichen	Sachbearbeiter	Tel. (0222) 5650 Durchwahl	Datum
	Zl.: 11262-1-1986		Dr. Plhak	3290	3. März 1986

Betr.: Entwurf eines Arbeitsplatz-  
Sicherungsgesetzes (APSG);  
Stellungnahme der  
Österreichischen Bundesbahnen

Bezug: Zl. 31.261/50-V/2/86  
vom 23.1.1986

Zum Entwurf eines Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes (APSG)  
wird folgende Stellungnahme abgegeben:

Zu § 9 Abs 1:

Der Wegfall der Urlaubsaliquotierung bei Ableistung  
des ordentlichen Präsenz- und des Zivildienstes wird  
bei den Österreichischen Bundesbahnen maximale  
jährliche Mehrkosten von rund 6 Millionen Schilling  
verursachen. Die Verpflichtung der Dienstnehmer zum  
unverzüglichem Wiederantritt des Dienstes am nächst-  
folgenden Werktag nach Entlassung aus dem Präsenz-  
oder Zivildienst statt der bisher eingeräumten Frist  
von 6 Werktagen, bewirkt keine Einsparungen, da bei

- 2 -

den Österreichischen Bundesbahnen im Gegensatz zum übrigen öffentlichen Dienst im Falle einer Ausnützung dieser Frist durch den Dienstnehmer bis zum Dienstantritt keine Entgeltzahlung gewährt wurde.

Zu § 20 Abs 6:

Diese Normenstelle ermöglicht zwar bei kündbaren Bediensteten die Beendigung des Dienstverhältnisses bei Ableistung des Präsenzdienstes als Zeitsoldat in einem vier Jahre übersteigenden Ausmaß, sieht jedoch keine Regelung für unkündbare Dienstverhältnisse vor. Eine Auflösung solcher Dienstverhältnisse ist daher nicht möglich. Dienstposten von definitiven Beamten der Österreichischen Bundesbahnen, die einen Präsenzdienst als Zeitsoldaten ableisten, müßten daher ggf. bis zu 10 bzw. 15 Jahre gesichert bleiben und könnten nicht nachbesetzt werden, was u.U. zu personalwirtschaftlichen Schwierigkeiten führen könnte. Es wird daher vorgeschlagen auch für definitive Dienstverhältnisse bei Ableistung des Präsenzdienstes als Zeitsoldat in einem vier Jahre übersteigenden Ausmaß, einen gesetzlichen Endigungsgrund zu normieren.

25 Ablichtungen dieser Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die Österreichischen Bundesbahnen

Der Personaldirektor:

i.V. Dr. Piskaty eh.



Beglaubigt:

*Kughef*

Kanzlei GS